

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 – Gemeinsam Verantwortung zur Endlagersuche wahrnehmen

Dazu sagt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

**Bernd Voß:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 347.20 / 28.10.2020**

## **Die Nachvollziehbarkeit aller Entscheidungen muss jederzeit gewährleistet sein**

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ein gutes Zeichen, dass wir es hinbekommen haben, noch vor Veröffentlichung des Zwischenberichts und Bekanntwerden der Teilgebiete, diesen Antrag gemeinsam einzureichen. Damit erteilen wir denjenigen Landes- und Regionalfürsten eine deutliche Absage, die in populistischer Weise sich hinstellen und sagen „Nicht bei uns“, obwohl sie oder jedenfalls die Parteien, denen sie angehören, in der Vergangenheit immer auf Atomkraft gesetzt haben.

Der Einstieg ins Atomzeitalter in den 60er, 70er Jahren war eine gigantische Fehlentscheidung einer großen Pro-Atom-Koalition aus CDU, CSU, SPD und FDP. Eine Fehlentscheidung, die nicht nur uns, sondern auch noch vielen nachfolgenden Generationen Lasten aufbürdet. Aber es hilft nichts, dies zu beklagen und mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Wir stellen uns als Grüne, die wir die Atomtechnologie seit unserer Gründung entschieden bekämpft haben, der Verantwortung, die hochgefährlichen Hinterlassenschaften des Atomzeitalters möglichst sicher zu verwahren.

Und ein sicherer Ort, der sicherst mögliche Ort, kann niemals im politischen Gerangel unterschiedlicher Interessen ausgemacht werden. Darum haben wir Grüne uns für ein wissenschaftsbasiertes, transparentes, ergebnisoffenes und partizipatives Verfahren stark gemacht.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat uns im Umweltausschuss in der vergangenen Woche das Verfahren und die Vorgehensweise bei der Ermittlung der Teilgebiete

vorgelegt. Dabei habe ich bestätigt bekommen, dass das Ganze sehr durchdacht ist und sehr gewissenhaft und objektiv vorgegangen wird.

Die Öffentlichkeitsbeteiligung ist bereits angelaufen mit der Auftaktveranstaltung vor knapp zwei Wochen. Aufgrund der Coronalage hat sie digital stattgefunden. Weitere Veranstaltungen werden folgen. Da wird also bereits in diesem frühen Stadium der Aufwand betrieben, der angesichts der schwierigen Aufgabe auch vollkommen gerechtfertigt ist.

Später, wenn in einem nächsten Schritt ein Vorschlag für die Standorte zur übertragbaren Erkundung vorliegt, werden Regionalkonferenzen eingerichtet, die eine kontinuierliche Beteiligung der Öffentlichkeit der Standortregionen gewährleisten sollen. Parallel wird, wie im Gesetz zur Standortwahl vorgesehen, anhand der Daten ein weiteres Lager für schwach- und mittelaktiven Atommüll als Ergänzung zum Schacht Konrad gesucht.

Das alles, aber besonders die strikte Einhaltung des Zeitplanes, ist aber dringend geboten, um 2031 einen Beschluss über einen Standort zu haben, um dann bis 2050 das Endlager auch fertig zu haben

Die Castoren mit den hochradioaktiven Hinterlassenschaften der AKWs liegen in Zwischenlagern an den Standorten. Deren Genehmigung läuft Mitte der 40er Jahre aus. Diese Zwischenlager dürfen nicht schleichend zu hochriskanten Endlagern werden.

Ich bin mit dem Widerstand gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf groß geworden. Es läuft immer noch und produziert strahlenden Müll. Trotzdem waren wir erfolgreich. Der Ausstieg aus dieser Hochrisikotechnologie ist unumstößlich beschlossen und die Restlaufzeit ist begrenzt. Das haben wir immerhin geschafft.

Wir haben es auch geschafft, weil die erneuerbaren Energien und ihre Leistungen überall im Land durch den erfolgreichen unternehmerischen Einsatz von Pionieren sichtbar wurden.

Und wir werden es auch schaffen, einen Standort für ein Endlager zu finden. Das sage ich, auch wenn mir bewusst ist, dass uns schwierige Diskussionen bevorstehen. Die Sorge der Menschen im Umkreis möglicher Standorte wird mit jedem weiteren Schritt der Eingrenzung möglicher Standorte wachsen.

Damit das Verfahren nicht aus dem Ruder läuft, muss die Nachvollziehbarkeit aller Entscheidungen jederzeit gewährleistet sein. Alle herangezogenen Daten müssen öffentlich zugänglich sein.

Die Beteiligungsprozesse werden Zeit brauchen. Die Menschen in den betroffenen Regionen müssen sich einarbeiten und brauchen Unterstützung in Form unabhängiger Expertise.

Aber wir sind zum Erfolg verdammt. Der hochgefährliche Müll ist da, wir leben in einer stabilen Demokratie und Gesellschaft. Eine Verbringung ins Ausland wäre weder ethisch noch sicherheitstechnisch nicht vertretbar.

\*\*\*